

12. April 2021

Seite 5

Auflage 152'833 Ex.  
Reichweite 372'000 Leser  
Erscheint 6 x woe  
Fläche 71'300 mm<sup>2</sup>  
Wert 15'000 CHF

Die Nordwestschweiz GES  
5001 Aarau  
Dominic Wirth

Auch erschienen in  
1. Aargauer Zeitung  
2. Badener Tagblatt  
3. Grenchner Tagblatt  
[+ 8 weitere Medien]



# Überall ist Krise, ausser bei der Sozialhilfe

Die Coronapandemie ist noch nicht auf den Sozialämtern angekommen. Doch 2022 drohen Mehrkosten von bis zu einer Milliarde Franken.

Dominic Wirth

Es gibt gerade kaum etwas oder jemanden, den die Pandemie nicht irgendwie betrifft. Viele und vieles leiden. Ein paar wenige profitieren. Dann ist da noch die Sozialhilfe. Und dort gilt gerade: alles wie immer. Die Krise hinterlässt bisher keine Spuren. Zumindest nicht bei den Fallzahlen. Das geht aus dem Monitoring der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) hervor. Die neueste Ausgabe bildet die Situation Ende Februar ab. Da lagen die Fallzahlen auf dem gleichen Niveau wie im Durchschnitt des Jahres 2019 – einer Zeit, in der weit und breit keine Pandemie in Sicht war. Wie kann das sein?

## Die Sicherheitsnetze funktionieren

Christoph Eymann ist Nationalrat (LDP) und Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos). Der Basler sagt, die stabile Situation in der Sozialhilfe sei eine Auszeichnung für die bisherige Coronapolitik des Bundes. «Die Hilfsmassnahmen funktionieren, denn sie verhindern, dass mehr Menschen in der Sozialhilfe landen», sagt Eymann.

Im letzten Jahr haben Bund und Kantone verschiedene Sicherheitsnetze aufgespannt, um die Folgen der Krise abzufedern – und so unter anderem auch das letzte staatliche Auf-

fangnetz, die Sozialhilfe, zu schonen. Es gibt Härtefallgelder für Firmen mit Umsatzeinbußen. Corona-Erwerbsersatz für Selbstständige. Längeren Anspruch auf Arbeitslosengelder. Kurzarbeit. Das soll verhindern, dass Firmen schliessen müssen, Angestellte ihren Job verlieren oder Arbeitslose in die Sozialhilfe rutschen.

Die nächsten Monate stehen in der Schweiz im Zeichen der Impfoffensive. Sie soll zurückbringen, was sich alle ersehnen: Normalität. Skos-Präsident Eymann erwartet, dass für die Sozialhilfe der Ausnahmezustand dann erst beginnt – und gerade eine Art Ruhe vor dem Sturm herrscht. Er sagt: «Wir wissen, dass die Schönwetterperiode «Wir wissen, dass die Schönwetterperiode sich dem Ende zuneigt. Aber wir wissen noch nicht, wie schlimm der Sturm wird.»

## Christoph Eymann

Skos-Präsident  
sich dem Ende zuneigt. Aber wir wissen noch nicht, wie schlimm der Sturm wird.»

Es sind vor allem drei Dinge, die der Skos Sorgen bereiten. Da ist einmal die Abstimmung über das Covid-19-Gesetz Mitte Juni. Fällt es beim Volk durch, wäre

das laut Christoph Eymann der «absolute Worst Case», weil dann die gesetzliche Grundlage für die Unterstützungsmassnahmen wegfällt. So oder so werden die Sicherheitsnetze aber wieder zurückgefahren, wenn die Lage sich normalisiert. Und das, so die Skos, wird in der Sozialhilfe einen massiven Anstieg der Fallzahlen nach sich ziehen. Eymann verweist etwa auf die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Sie suchen seit mehr als einem Jahr nach einem Job. Im Februar 2021 war ihre Zahl mehr als doppelt so hoch wie ein Jahr zuvor. Irgendwann werden sie ausgesteuert und müssen Sozialhilfe beziehen.

Dazu kommen die Selbstständigerwerbenden, die Corona-Erwerbsersatz beziehen. «Wir befürchten, dass manche nicht mehr auf die Beine kommen», sagt Eymann. Unklar ist zudem, ob Firmen mit Entlassungen reagieren, wenn sie keine Härtefallgelder mehr erhalten oder nicht mehr auf Kurzarbeit zurückgreifen können, ihr Geschäft aber nicht wieder läuft wie vor der Pandemie. Laut den jüngsten Zahlen vom Januar waren zuletzt rund 400 000 Arbeitnehmer von Kurzarbeit betroffen.

## Doppelbelastung wegen Flüchtlingen

Zur Unzeit kommt vor diesem Hintergrund, dass auf die Kan-

12. April 2021

Seite 5

Auflage	152'833 Ex.	Die Nordwestschweiz GES
Reichweite	372'000 Leser	5001 Aarau
Erscheint	6 x woe	
Fläche	71'300 mm <sup>2</sup>	Dominic Wirth
Wert	15'000 CHF	

Auch erschienen in

1. Aargauer Zeitung
2. Badener Tagblatt
3. Grenchner Tagblatt

[+ 8 weitere Medien]

tone und Gemeinden zwischen 2020 und 2022 weitere Mehrkosten zukommen, weil sie für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene aufkommen müssen, die während der Flüchtlingskrise 2015 in die Schweiz kamen. In den Anfangsjahren zahlte der Bund für sie. Doch just jetzt geht die finanzielle Verantwortung an die Kantone und Gemeinden über. Bis 2022 erwartet die Skos 40 000 Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene, die auf Sozialhilfe angewiesen sein werden – mehr als doppelt so viele wie noch 2018.

Insgesamt, prognostiziert die Skos, führt die Doppelbelastung aus Corona- und Flüchtlingskrise bis Ende 2022 zu einem massiven Anstieg der Fallzahlen. Je nach Szenario wird der Zuwachs im Vergleich zu 2019 zwischen 12 und 28 Prozent betragen. Das sind zwischen 33 000 und 76 000 neue

Empfänger. Oder, in zusätzlichen Sozialhilfe-Ausgaben ausgedrückt: zwischen 543 und 1023 Millionen Franken pro Jahr.

Christoph Niederberger vom Schweizerischen Gemeindeverband kennt diese Zahlen. Er sagt, er sei beunruhigt, weil er befürchte, dass am Ende die Gemeinden die grossen Verlierer der Coronakrise sein könnten. Neben den steigenden Sozialhilfekosten nennt er noch eine weitere Gefahr: Jene der Steuereinnahmen, die wegen der Krise sinken.

#### Gemeinden und Kantone bitten Bundesrat um Hilfe

Der Sturm kommt, das steht fest. Doch vielleicht lässt er sich noch abschwächen. Die Skos hat deshalb vor ein paar Wochen einen Brief an den Bundesrat geschickt, dessen Inhalt auch vom Gemeindeverband und der Schweizerischen Konferenz für

Sozialdirektoren unterstützt wird. Darin warnen sie, dass die Sozialhilfe an die Grenze ihrer Belastbarkeit komme, wenn die Fallzahlen um mehr als zehn Prozent steigen.

Skos-Präsident Christoph Eymann schlägt verschiedene Massnahmen vor, um eine Überlastung der Sozialhilfe zu verhindern. «Es ist wichtig, dass die Hilfsprogramme nicht sofort gekappt, sondern behutsam zurückgefahren werden», sagt der Nationalrat. Es gelte, genau zu beobachten, wie sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt entwickeln.

Daneben fordern Kantone und Gemeinde im Brief an den Bundesrat auch, dass der Bund zwei zusätzliche Jahre für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene aufkommt, falls die Sozialhilfefallzahlen um mehr als zehn Prozent steigen. Eine Antwort des Bundesrats steht bisher noch aus.



Die Zahl der Sozialhilfebezügler ist stabil. Dies könnte sich jedoch bald ändern.

Bild: Christof Schürpf/Keystone